

Editorial

Joachim Becker, Hanna Lichtenberger, Christa Schlager

Bereits seit der Eurokrise scheinen in ganz Europa EU-kritische Stimmen – sowohl von rechts als auch von links – im Aufwind. Die Entscheidung für den Brexit im britischen Referendum über die EU-Mitgliedschaft hat die Frage der europäischen Desintegration dann auch explizit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Charakteristisch sowohl für die Referendumskampagnen als auch die britischen Debatten nach dem Brexit-Votum war die Dominanz der politischen Rechten. Zumindest in dieser Hinsicht ist Großbritannien repräsentativ für die Europa-Debatten in der EU. Mit den rechten Debatten über Europa – von den Christdemokraten bis hin zur äußersten Rechten – setzt sich diese Kurswechsel-Nummer auseinander.

British Exceptionalism – wirklich die Ausnahme?

Großbritannien hat von Beginn seiner Mitgliedschaft an eine Sonderrolle in der EU gespielt. Mit dem Ende des kolonialen Empire sah sich der dominante Block Großbritanniens vor die Herausforderung gestellt, die Rolle des Landes in der internationalen Ökonomie und Politik neu zu definieren. Die verstärkte Orientierung auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war eine Konsequenz dieser Neuorientierung und auch die britische City richtete sich ebenfalls verstärkt auf Europa aus (vgl. Cain/Hopkins 1993: 119 ff.). Gleichzeitig blieb Großbritannien sehr transatlantisch orientiert und damit – speziell in der internationalen Politik – auf die USA fixiert.

Aufgrund seiner imperialen Geschichte und transatlantischen Bindungen beanspruchten die herrschenden Kräfte in Großbritannien eine Sonderrolle des Landes im Europäischen Integrationsprozess und handelten wiederholt Sonderrechte aus. Dazu gehörten etwa der Rabatt bei den Beitragszahlungen und die Möglichkeit, dauerhaft gegen eine Mitgliedschaft in der Eurozone zu optieren. Wie Susan Watkins (2016: 11) betont, war in Großbritannien „das Argument für Europa immer unter dem Schlüsselbegriff ‚britischer Einfluss‘ in nationalistischen Begrifflichkeiten gefasst worden“. In den letzten Jahren befand sich die britische Regierung in einer ambivalenten Rolle. Einerseits bildete sie informell mit der deutschen Bundesregierung das tonangebende neoliberale, freihändlerische Tandem, andererseits bildete sich die Eurozone – ohne Großbritannien – immer mehr zum institutionellen Kern der EU heraus. Zwischen der formellen und informellen Rolle des Landes in der EU entstand ein Spannungsverhältnis.

Eine vertiefte politische Integration um die Eurozone herum stieß in konservativen Kreisen Englands auf starke Ablehnung. Innerhalb der Konservativen Partei gab es aber auch eine grundsätzlich die EU-Mitgliedschaft ablehnende Strömung, die oft auch nostalgische Erinnerungen an die verflossene imperiale Größe des Landes nährte. Diese Strömung hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Und die britischen Konservativen gerieten auch durch die souveränistische UKIP (UK Independence Party) unter Druck. Aus dem taktischen Kalkül, den rechten Flügel einzubinden und die Partei gegenüber UKIP zu

stärken, kündigte Premierminister David Cameron Anfang 2013 ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft an. Seine Referendumschancen suchte Cameron über das Aushandeln weiterer Ausnahmeregelungen für Großbritannien zu erhöhen. Da die britischen Konservativen wie andere nationalistische Rechtsparteien in Westeuropa für die soziale Misere die ImmigrantInnen verantwortlich zu machen versuchten, strebte Cameron vor allem Einschränkungen bei Sozialleistungen für EU-MigrantInnen in Großbritannien an. Partiiell ging die EU auf Camerons Ansinnen ein, womit ein exkludierender, (EU-) MigrantInnen diskriminierender Sozialstaat auf die EU-Agenda kam. Doch sollte sich diese Themenwahl für Cameron als Bumerang erweisen. Die Migration machten die Brexit-BefürworterInnen zu einem ihrer Kampagnenschwerpunkte.

„Take back control“ war der in Zeiten hoher sozialer Unsicherheit zugkräftige Leitslogan des Brexit-Lagers (vgl. Lindenbloom 2016: 27). Da diese Botschaft unterschiedlich gefüllt und konnotiert werden konnte, ließ sich hinter ihr eine sozio-ökonomisch extrem heterogene Koalition von Brexit-Befürwortern sammeln. Tatsächlich gaben 49% der BefürworterInnen der Exit-Option als Hauptgrund für ihre Entscheidung an, „Entscheidungen über das UK sollten im UK getroffen werden“ (Watkins 2016: 22). Politisch nahm der Slogan Bezug auf die Verschiebung von Entscheidungskompetenzen auf die EU-Ebene, speziell auf die massive Entmachtung der nationalen Parlamente. Der Parlamentarismus besitzt im politischen System Großbritanniens einen hohen Stellenwert und ist positiv konnotiert. In dieser Hinsicht konnte die Kampagne an britische politische Traditionen anknüpfen (vgl. Geist 2016: 15).

Weiters suggerierte der Slogan sozio-ökonomischen Schutz. Insinuiert wurde hierbei Schutz vor MigrantInnen. Die politische Rechte Großbritanniens lenkte sehr erfolgreich von der zentralen Verantwortung des einheimischen Thatcherismus für massive Deindustrialisierung und soziale Deklassierung ab, indem sie die Migration als zentrale Ursache für die soziale Misere hinstellte. Dieser Teil der Brexit-Kampagne richtete sich vor allem an die unteren sozialen Klassen – ArbeiterInnen und untere Mittelschicht.

Für Teile der Bourgeoisie und die oberen Mittelschichten erhielt „taking back control“ eine ganz andere Konnotation. Hier ging es dann um die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Außenwirtschaftspolitik und das Versprechen einer eigenständigen britischen Freihandelspolitik ohne EU-Kompromisse, die an die Traditionen des britischen Empire anknüpfen würde. Insofern war die Brexit-Kampagne sozio-ökonomisch und in ihren Botschaften gespalten (EuroMemo Group 2017: 5 f.).

Die rechte „Remain“-Kampagne befand sich gegenüber diesen Topoi in der Defensive. Sie stellte nicht zuletzt auf ökonomische Folgekosten eines Austritts ab. Die Linke war in der Frage Austreten oder Bleiben ähnlich gespalten wie die Rechte und stand dabei diskursiv im Schatten der rechten „Leave“- und „Remain“-Kampagnen (vgl. Watkins 2016: 17 ff.).

Auch wenn sich der größere Teil des dominanten Blocks, vor allem die Londoner City, vehement für das Verbleiben in der EU einsetzte, war eine Minderheit der herrschenden Klasse für den Brexit. Die oberen sozialen Klassen waren dem Verbleiben in der EU weit mehr gesonnen als die unteren Klassen. In England erhielt das „Remain“-Votum primär im privilegierten und wohlhabenden London die Mehrheit, während die WählerInnen in den verarmten, früheren Industrieregionen in England (und Wales) massiv für den Austritt stimmten. Regional gesehen überwogen die Stimmen für die fortgesetzte EU-Mitgliedschaft in Schottland und Nordirland (vgl. Watkins 2016: 21 ff., Georgi/Stepat 2016). Das stärkt zentrifugale Tendenzen im Vereinigten Königreich. In Nordirland hatte die

EU-Mitgliedschaft Großbritanniens und Irlands einen Kompromiss zwischen den Bürgerkriegsparteien der UnionistInnen und RepublikanerInnen erleichtert, dieser wird nun durch das Brexit-Votum unterhöhlt.

Die herrschende Klasse und die regierenden Konservativen spalteten sich über den Brexit zutiefst. Diese Spaltung überschattet auch die Brexit-Verhandlungen. Die Spaltung über den Brexit heißt eben auch Spaltung über die Brexit-Strategien. In der konservativen Partei haben sich zwar die Gewichte zugunsten der härteren nationalistischen Rechten verschoben, aber die grundlegenden Spaltungslinien zwischen VertreterInnen eines „harten“ und eines „weichen“ Brexit setzen die bisherigen Konfliktlinien zwischen Brexit-BefürworterInnen und -gegnerInnen fort. Speziell geht es hierbei um die Frage, wie weit die Grenzen für MigrantInnen aus der EU dicht gemacht und damit Einschränkungen im Zugang zum EU-Binnenmarkt in Kauf genommen werden sollen. Auch administrativ stellt der Austritt die britische Regierung vor massive Herausforderungen. Die in den Verhandlungen federführenden Ministerien sind personell unterbesetzt. Dem für den Austritt unmittelbar zuständigen, neu geschaffenen Ministerium sind gerade einmal 300 BeamtInnen zugewiesen worden. „Die große Mehrheit hat“, wie Bak (2016: 4) kritisch anmerkt, „keine direkte Erfahrung in der Handelspolitik: Großbritannien hatte es schließlich seit 1972 nicht nötig, eine unabhängige Handelspolitik zu betreiben.“ In den weiteren Bereich der Handelspolitik fallen viele der zwischen der EU und Großbritannien auszuhandelnden Fragen. Für die Freihandelsfraktion der Brexiteers ist der Kadermangel ein besonders gravierendes Defizit. Nach anfänglicher stärker sozial und etatistisch eingefärbter Rhetorik, scheint die britische Premierministerin Theresa May nun auf die Position der Freihändlerfraktion einzuschwenken: „Ich will, dass das Vereinigte Königreich den Freihandel global anführt“ (zit. n. Buchsteiner 2016: 8). In die Richtung einer neoliberalen und freihändlerischen Politik weisen auch das britische Budget für 2017 und die britische Ankündigung, in eine verschärfte Unterbietungskonkurrenz bei Steuern einzusteigen. Inwieweit die EU sich ihrerseits auf eine Verhandlungsstrategie einigen kann, wird sich erst noch erweisen. Bislang hat sich Brüssel abwartend gezeigt, nur die Unteilbarkeit der vier Binnenmarktfreiheiten als Position genannt und ansonsten den Ball nach London gespielt.

Nord-Süd-Spannungen in der Eurozone

Die Entscheidung für den Brexit ist allein die offensichtlichste Manifestation der Desintegrationstendenzen in der EU. Deutlich werden diese aber auch in den Nord-Süd-Spannungen in der Eurozone. Hier spitzte sich der Konflikt über die Strukturanpassungspolitik von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Frühsommer 2015 zu, als die linksgerichtete griechische Regierung verschärfte neoliberale Struktur- und Sparmaßnahmen zurückwies. Damals stellte sie der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble vor die Alternative, die von der EU verlangten Maßnahmen durchzuführen oder aus der Eurozone auszuschneiden (vgl. Becker 2016: 76). Damit setzte Schäuble eine partielle Desintegration der Eurozone in Form des Herausdrängens missliebiger, durch linke Regierungen geführter Staaten auf die Tagesordnung. Auch wenn es bislang nicht zum Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone gekommen ist, hat die offene Debatte über eine Verkleinerung der Eurozone eine politisch veränderte Lage geschaffen. Sie hat ein vorheriges Tabu gebrochen. Der Konflikt zwischen der Syriza-Regierung und der stark entlang deutscher Vorgaben handelnden EU-Institutionen dauert fort. Die EU verlangt

von Griechenland nicht nur den strikten Vollzug der Strukturanpassungspolitik, sondern auch die Vorabinformation über die von ihr geplanten Schritte. Dies bedeutet die weitgehende Entmachtung gewählter Institutionen in Griechenland. Selbst einzelne Mainstream-Rechtsexperten wie der EUGH-Richter Koen Lenaerts (2015: 142) würden es für problematisch halten, dass die aus einer – vermeintlichen – „Notsituation“ entstandene Handlungsmuster zur „Standard-EWU-Handlungsweise“ würden. Doch die Regeln werden immer mehr den vermeintlichen Ausnahmen angepasst – und auch der vermeintliche Notstand ist nur eine dürftige Bemäntelung autoritärer Handlungsmuster.

Das Exempel Griechenlands hat eine zunehmende Debatte, gerade auch in den Peripherieländern, über die strategische Option eines linken Austritts (einen sogenannten „Exit“) aus der Eurozone, der demokratische Handlungsspielräume bewahren bzw. erweitern, eine Stärkung der produktiven Strukturen sowie eine egalitärere Politik ermöglichen würde, ausgelöst (vgl. z.B. Lapavistas et al. 2012, Louçã/Amaral 2014).

Aktuell steht eher Italien denn Griechenland als Krisenland in der Eurozone im Zentrum der Aufmerksamkeit. Seit dem Beitritt zur Eurozone zeigt Italiens Ökonomie eine anhaltende Stagnationstendenz, von der globalen Krise ist Italien besonders schwer betroffen worden. In besonders dramatischer Weise hat sich die Krise ökonomisch und sozial im Süden manifestiert (vgl. SVIMEZ 2015: 3 ff.). Anhaltende Stagnation und Krise der produktiven Strukturen haben zunehmend auf den italienischen Bankensektor durchgeschlagen. Die aktuelle Krise der drittgrößten italienischen Bankengruppe, Monte dei Paschi, ist nur die Spitze eines Eisberges. Kurz vor Weihnachten 2016 beschloss die italienische Regierung die Bildung eines Unterstützungsfonds von 20 Mrd. Euro für den italienischen Bankensektor. Als erste sollte die Bank Monte dei Paschi staatlich rekapitalisiert werden. Vom neuen Regelvorgehen der Bankenunion, Depositen von mehr als 100.000 Euro sowie bestimmte GläubigerInnen der Banken zur Bankentstützung heranzuziehen, nahm die italienische Regierung unter Berufung auf Ausnahmeklauseln Abstand. Sie fürchtet einen allgemeinen Vertrauensverlust in die italienischen Banken (Mussler 2016). Es ging aber auch um Ausnahmeregelungen für AnlegerInnen, die spezifische Schuldtitel der Monte dei Paschi halten. Diese wurden als ärmere KleinanlegerInnen dargestellt, was aber nicht ihrem realen Sozialprofil entspricht (Turano 2016). Die EU-Institutionen scheinen das italienische Vorgehen zu akzeptieren und haben erst einmal eine staatliche Liquiditätshilfe genehmigt (vgl. FAZ 2016 a & b, Greco 2016). Nicht nur die italienische Regierung, sondern anscheinend auch die EU-Institutionen befürchten ein Erstarken der euro-kritischen Opposition. Speziell die Lega Nord hat den Austritt aus der Eurozone zu einem zentralen politischen Thema gemacht (vgl. Weissenbacher 2015 sowie Becker in dieser Nummer).

Konflikte in der Flüchtlingsfrage

Als ab dem Sommer 2015 die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen, die über die Türkei in die EU gelangten, stark stieg, wurde der Modus des Dublin-Vertrags, der die Bearbeitung der Asylanträge im Erstankunftsland vorsieht, faktisch außer Kraft gesetzt. Für einige Monate wurde Kriegsflüchtlingen die Durchreise in die EU-Kernländer ermöglicht. Bald kam es jedoch zu partiellen Wiedereinführung nationalstaatlicher Grenzkontrolle in der EU und eine heftige Auseinandersetzung um den Verteilungsmodus bei Flüchtlingen in der Schengenzone. Ein neuer Kompromiss über die Lastenverteilung in

der Flüchtlingsfrage wurde letztlich nicht gefunden, besonders die Visegrád-Länder stellten sich gegen einen verbindlichen Verteilungsmodus. Daher machte sich die EU an eine Externalisierungsstrategie – das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei (vgl. EuroMemo 2017: 8).

Legitimierungs- und Hegemoniekrise

Der Brexit sowie die Konflikte in der Eurozone und Flüchtlingsfrage sind drei Kernbereiche, in denen in den letzten beiden Jahren Desintegrationstendenzen offen zu Tage getreten sind. Auch Mainstream-VertreterInnen erkennen Legitimierungsprobleme der EU und ihres Integrationsmodus. Die EU-Entscheidungsmechanismen sind stark exekutivlastig, parlamentarische Instanzen sind – noch beschleunigt durch die Veränderungen der ökonomischen Governance seit Beginn der globalen Krise – geschwächt worden (vgl. Klatzer/Schlager 2011). Damit ist die Input-Legitimität der EU-Entscheidung schwach. Daher liegt bei der EU das Gewicht der Legitimierungsstrategie eher auf der Output-Seite. Und auch hier gibt es ein starkes Defizit (vgl. Van Parijs 2015: 262). Der frühere Ratsvorsitzende Herman van Rompuy (2015: 21) spricht vorsichtig von „overpromising and underdelivering“ – also zu vielen Versprechungen mit zu wenigen Resultaten. In seinem Aufsatz wird allerdings auch erkennbar, dass es nicht allein um Mehr oder Weniger, sondern auch die Richtung geht. So deutet er an, dass mehr „Europäische ‚Gegenmacht‘“ zu den Märkten erforderlich sei (ibid.: 18). Ernsthafte Konsequenzen aus seiner Diagnose lässt Van Rompuy in diesem Aufsatz allerdings vermissen.

Gramscianisch lässt sich die Krise der EU und ihres Integrationsmodus auch als Hegemoniekrise fassen. Das neoliberale Integrationsprojekt ist jedenfalls jetzt kein (fast) „konsensuales“ Leitprojekt mehr. Es hat Akzeptanz nicht nur unter den populären Klassen, sondern auch bei Teilen der dominanten Kräfte eingebüßt. Teils wird es offen in Frage gestellt.

Wie Becker in seinem Beitrag argumentiert, führt dies zu stärker autoritären Politikkonzeptionen – primär in Form neoliberaler Regelbindung bei den euroliberalen Kräften, in einer Mischung neoliberaler Elemente mit Stärkung des Einflusses der jeweils herrschenden Partei und Aufweichung der Gewaltenteilung bei Staatsprojekten der nationalistischen Rechten.

Facetten des rechten Streites um Europa

Becker skizziert verschiedene Europakonzepte der politischen Rechten. Die Mehrheitsströmung im Mainstream aus Christ-, aber auch Sozialdemokraten ist auf eine Fortschreibung des Europäischen Integrationsprojektes über eine Politik des Durchwurschtens gerichtet. Hierbei wird ein Erhalt der Euro- und Schengenzone in der bisherigen Konfiguration gerichtet. Die westeuropäischen Christ- und Sozialdemokraten haben hierbei durchaus eine graduelle Verdichtung der Regelbindung und eine Vertiefung der Integration in der Eurozone im Auge. Dies gilt allerdings nicht für Skandinavien. Auch die osteuropäischen liberalkonservativen und sozialdemokratischen Parteien sind für eine engere Integration in Bereichen wie Steuern oder Lohnpolitik nicht zu haben, da ihre auf Anziehung von Auslandskapital gegründete abhängige Entwicklungsstrategie als zentrale Politikbestandteile Differenziale bei Löhnen und Steuern aufweist, wie auch Radovan Geist in seinem Beitrag hervorhebt. Becker identifiziert zwei Untervarianten des Durchwurschtens, die von Mainstream-Kräften ventiliert werden: einerseits die Gewährung größerer

budgetärer Spielräume, wie sie vor allem vom italienischen Partito Democratico und dem französischen Parti Socialiste ins Spiel gebracht wird, andererseits eine Verkleinerung der Schengenzone um als „unzuverlässig“ angesehene Peripherieländer an der Außengrenze, wie sie vor allem von Strömungen des Mainstreams in West- und Ostzentraleuropa, darunter auch Österreich, ins Spiel gebracht wird.

Sowohl unter Kräften des politischen Mainstreams wie auch rechtsnationalistischen Parteien werden Kerneuropakonzepte verfochten. Wie bereits im sogenannten Schäuble/Lamers-Papier aus den 1990er Jahren deutlich wird, sollen aus Sicht von christdemokratischen Kerneuropaverfechtern eine Verkleinerung und regulatorisch-politische Verdichtung der Eurozone Hand in Hand gehen. Für rechtsnationalistische Kräfte in Zentrumsländern wie die FPÖ oder die Alternative für Deutschland (AfD) geht es bei der Bildung von Kerneuropa hingegen primär darum, die Eurozone von der „Last“ der Peripherieländer zu befreien. Diese Sicht ist durchaus mit der Forderung der italienischen Lega Nord, Italien möge die Eurozone verlassen, um industrielle Konkurrenzfähigkeit wiederzugewinnen, vereinbar.

Als euroskeptischste Varianten identifiziert Becker Konzeptionen eines „Europas der Nationen“. Diese Konzepte werden vor allem von rechtsnationalistischen Parteien vertreten. Für osteuropäische Verfechter einer „kulturellen Konterrevolution“ in der EU werden hierbei ein Festhalten am Binnenmarkt und an den Regional- und Strukturfonds mit der Ablehnung von Gleichstellungspolitik (v.a. zwischen den Geschlechtern) und anderen Formen der Harmonisierung (z.B. Steuern) verbunden. Die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder stellen sie nicht in Frage. Ambivalenter ist hierzu die Position von rechtsnationalistischen Parteien im Zentrum, wie dem französischen Front National oder der Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden. Die rechtsnationalistischen Parteien in Zentrumsländern wenden sich oft auch gegen Einwanderung aus den Peripherieländern in der EU. In diesem Punkt gibt es Konflikte zwischen der nationalistischen Rechten in West und Ost.

Näher setzt sich Jan Rettig mit Parteien der nationalistischen Rechten – der schon länger etablierten FPÖ und Front National (FN) sowie den jüngeren UKIP und AfD – auseinander. Er ruft in Erinnerung, dass FPÖ und FN zunächst integrationsfreundliche Positionen vertreten hatten, die sie Anfang der 1990er Jahre grundlegend revidierten. Bis auf den Front National seien diese Parteien wirtschaftspolitisch grundlegend neoliberal fundiert und wiesen – außer in der Sozialpolitik – kaum protektionistische Elemente auf.

Sebastian Friedrich ordnet die Alternative für Deutschland (AfD) in das in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren entstandene rechte gesellschaftliche Projekt ein, das sich vor allem an zwei Feldern aufspannt: der Frage der europäischen Krisenbearbeitung und der des Umgangs mit Flucht und Migration. Die AfD bekommt dabei von jenen wirtschaftlichen AkteurInnen Unterstützung, die sich im Zuge der Eurokrise aus dem gemeinsamen Block des Kapitals zu lösen beginnen. Dabei steht die Kritik am Euro und an der EU-Rettungsschirmpolitik besonders im Zentrum.

Hanna Lichtenberger setzt sich in ihrem Beitrag mit den europapolitischen Positionen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auseinander. Ausgehend von der Analyse, dass die FPÖ unter Schwarz-Blau ab 2000 die Durchsetzung neoliberaler Politik in Österreich vervollständigen sollte, fragt sie nach den inneren Widersprüchen der FPÖ am Beispiel ihrer Positionierung in den handelspolitischen Konflikten rund um das Handelsabkommen TTIP.

Der slowakische Politikwissenschaftler Radovan Geist analysiert die Hintergründe für die Positionierungen der wichtigsten politischen Kräfte in den Visegrád-Staaten (Polen,

Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn). Einerseits verweist er darauf, dass der politische Mainstream in diesen Ländern bereits zum Zeitpunkt des EU-Beitritts gegenüber einer Vereinheitlichung bei Steuer- oder Sozialstandards ablehnend aufgetreten ist, da für seine ökonomischen Strategien niedrige Steuern und Lohndifferenziale grundlegend sind. Nationalstaatliche Spielräume bei den Geschlechterverhältnissen und ähnlich gesellschaftspolitisch sensible Fragen hätten sich zumindest die konservativeren Kräfte gegenüber Brüssel bewahren wollen. Die mit dem Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verbundene steigenden sozialen Spannungen und eine gewisse Desillusionierung über Transformation und Integration führten zur Akzentuierung einer EU-skeptischen Identitätspolitik.

Im abschließenden Beitrag des Schwerpunkts stellt Matyas Benyik auf die Verbindung von einer immer stärkeren Orientierung von Fidesz nach rechts und der Entwicklung der europapolitischen Konzeptionen dieser Partei her. Einerseits identifiziert er ökonomische Faktoren bei der Akzentuierung (wirtschafts-)nationalistischer Politik, andererseits sieht er die Flüchtlings- und andere Identitätspolitiken der Regierung Orbán nicht zuletzt dadurch motiviert, die WählerInnenbasis bei der Stange zu halten. Für ihn geht es Fidesz nicht um einen Austritt aus der EU, sondern um eine Veränderung der Integrationspolitik der EU in eine mit nationalkonservativen Positionen kompatiblere Richtung.

Ein Einfluss der nationalistischen Rechten auf die EU-Politik des Mainstreams ist schon jetzt nicht mehr zu verkennen. Dies wird besonders deutlich in der Akzentuierung des Themas des Schutzes der Außengrenzen wie auch der Militarisierung der EU-Politik.

Positionen der Linken

Linken Kräften fällt es nicht leicht, Gegenstrategien zu den rechten Europakonzeptionen zu entwickeln. Ein erheblicher Teil der Linken (wie auch der Linksliberalen) setzte lange Zeit Hoffnungen auf eine demokratische föderale Weiterentwicklung der EU. Allerdings fiel (und fällt) es den linken Föderalismus-BefürworterInnen schwer, Strategien für die Fortschritte auf diesem Weg zu definieren. Pätomäki (2013: 119 ff.), der sich mit dieser Frage intensiver als andere auseinandersetzte, setzte seine Hoffnung auf eine Legitimitätskrise der EU, die Spielräume für eine Demokratisierung und Vertiefung öffnen könne. Allerdings veranlasst ihn das EU-Vorgehen gegen die Syriza-Regierung jetzt zu einer skeptischeren Einschätzung in dieser Frage. Wenn es für einen Politikwechsel unerlässlich ist, hält er in einem Fall wie Griechenland auch einen Ausstieg aus der Eurozone für legitim (Pätomäki 2016). Andere Kräfte auf der Linken halten die linke Föderalismus-Strategie angesichts der Kräfteverhältnisse und der institutionellen Abschottung der EU-Institutionen nicht für realistisch. Ein Teil der radikalen Linken, speziell der Kommunistischen Parteien, stand dem EU-Integrationsprojekt aufgrund seiner strukturellen Selektivität zugunsten des Kapitals und seiner zunehmend neoliberalen Ausrichtung lange Zeit ablehnend gegenüber. Ein Teil dieser Parteien ging mit einer stärker reformistischen Orientierung vor allem im Verlaufe der 1990er Jahre auf eine integrationsfreundlichere Position über. Das galt und gilt aber nicht für alle Kräfte (vgl. Charalambous 2013: 33 ff.). Beispielsweise blieb die orthodoxe Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) bei ihrer grundsätzlichen Anti-EU-Positionierung (vgl. Charalambous 2013: Kap. 4). Der Austritt aus der Eurozone, teils auch aus der EU hat als „Plan B“ für den Fall einer fehlenden grundlegenden demokratischen Reformierbarkeit der EU in der letzten Zeit an Bedeutung gewonnen, wie mehrere Konferenzen zum „Plan B“ aufgezeigt haben (vgl. Sablow-

ski 2016). Dies leitet fließend zur Position einer dritten Positionierung auf der Linken über. Für eine dritte Gruppe folgen (nationalstaatliche) Brüche mit den EU-Regeln oder der Eurozone potenziell aus der Notwendigkeit, um grundsätzlich alternative, egalitärere Politiken in der EU möglich zu machen (vgl. Durand 2013: 139 ff., Durand 2016, ähnliche, wenngleich weniger EU-skeptische Schlussfolgerungen bei Wahl 2016: 5 ff.). Durand (2016: 15) bezeichnet dies als „selektive Desintegration“. Aus dieser dritten Perspektive wird die territoriale Ebene des politischen Ansatzens – nationalstaatlich oder EU – tiefer gehängt als die sozio-ökonomische Stoßrichtung.

In der Europapolitik sind Rechts wie Links gespalten. Diese Spaltungen sind allerdings durch unterschiedliche gesellschaftspolitische Perspektiven – restaurativ, antiegalitär und exkludierend bei den Rechten, egalitär und demokratisch bei der Linken – geleitet. In dieser Nummer des Kurswechsels wird die derzeit dominante rechte Seite näher analysiert. Es wird aber sicherlich nach dem spannenden europäischen Wahljahr 2017 genügend Stoff für weitere Hefte zu kommenden Entwicklungen in der EU geben.

Literatur

- Bak, Jonathan (2016) Department of cake and eating it. In: The Times Literary Supplement, Nr. 5934/5935, 23.12., (Politics Special) 4–5
- Becker, Joachim (2016) Editorial. In: Kurswechsel, Nr. 2, 70–81
- Buchsteiner, Jochen (2016) Die britische Sphinx. In: Frankfurter Allgemeine, 28.12., 8
- Cain, P.J./Hopkins, H.G. (1993) British Imperialism. Crisis and Deconstruction 1914–1990. London/New York
- Charalambous, Giorgos (2013) European Integration and the Communist Dilemma. Communist Party Responses to Europe in Greece, Cyprus and Italy. Farnham/Burlington
- Durand, Cédric (2013) Épilogue: face à la crise, face à l'Europe. In: Durand, Cédric (Hg.): En finir avec l'Europe. Paris 133–149
- Durand, Cédric (2016) Wither social Europe. How to delineate European Left political economy in times of dislocation? Papier für die 22nd Conference on Alternative Economic Policy in Europe. The European Union: the Threat of Disintegration, Coimbra, 15.–17.9.2016 (www2.euromemorandum.eu/uploads/cdurand_euromemo2016_september16.pdf; abgerufen: 2.1.2017)
- EuroMemo Group (2017) The European Union: The Threat of Disintegration – Euromemorandum 2017
- FAZ (2016a) Wie viel Staatshilfe braucht Monte dei Paschi? In: Frankfurter Allgemeine, 31.12., 21
- FAZ (2016b) Rettung der italienischen Krisenbank kostet mindestens 8,8 Milliarden Euro. In: Frankfurter Allgemeine, 28.12., 1
- Geist, Radovan (2016) Nádej. In: Pravda, 25.6.2016, 14–15
- Georgi, Oliver/Steppat, Timo (2016) Die Alten wählten den Brexit – die Analyse. In: faz.net, 24.6.2016 (www.faz.net/aktuell/politik/brexit/wahl-analyse-die-alten-waelhten-den-brexit-14301861.html, abgerufen: 24.6.2016)
- Greco, Andrea (2016) Monito da Berlino: „Bce e Ue vigilino sul salvataggio Mps“. In: La Repubblica, 29.12., 22
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011) Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, Nr. 1, 61–81
- Lapavistas, Costas et al. (2012) Crisis in the Eurozone. London/New York
- Lenaerts, Koen (2015) Democrație, constituțional pluralism și în Hoof van Justitie van de Europese Unie. In: Middelaar, Luuk van/Van Parijs, Philippe (Hg.): Na de Storm. Hoe we de democratie in Europa kunnen redden. Tiel, 129–144

- Lindenbloom, Patrick van (2016) Lak aan alles. In: De Groene Amsterdamer, 140(50–51-52), 15.12., 26–27
- Louçã, Franciso/Amaral, João Frerreira do (2014) A Solução Novo Escudo. O que fazer no dia seguinte à saída do euro. Alfragida
- Mussler Werner (2016) Brüsseler Schlupflöcher für Bankenrettung. In: Frankfurter Allgemeine, 24.12., 22
- Pätömäki, Heikki (2013) The Great Eurozone Disaster. From Crisis to Global New Deal. London/ New York
- Pätömäki, Heikki (2016) Plan B in Copenhagen in November 2016. (<http://patomaki.fi/en/2016/11/plan-b-in-copenhagen-in-november-2016/>, abgerufen: 27.11.2016)
- Sablowski, Thomas (2016) „Plan B“-Kontroversen in Kopenhagen. In: Neues Deutschland, 21.11. (www.neues-deutschland.de/artikel/1032895.plan-b-kontroversen-in-kopenhagen.html, abgerufen: 24.11.2016)
- SVIMEZ (2015) Rapporto SVIMEZ 2015 sull'economia del Mezzogiorno. Bologna
- Turano, Gianfrancesco (2016) I furbi dei Paschi. In: L'Espresso, 31.12., 13–15
- Van Parijs, Philippe (2015) Europa rechtvaardigen. In: Middelaar, Luuk van/Van Parijs, Philippe (Hg.): Na de storm. Hoe we de democratie in Europa kunnen redden. Tielt, 261–278
- Van Rompuy, Herman (2015) Bespiegelingen na vijf jaar in Europa. In: Middelaar, Luuk van/Van Parijs, Philippe (Hg.): Na de storm. Hoe we de democratie in Europa kunnen redden. Tielt, 11–24
- Wahl, Peter (2016) Between Eurotopia and Nationalism: A Third Way for the Future of the EU. In: Globalizations. DOI:10.1080/14747731.2016.1228787
- Watkins, Susan (2016) Casting Off? In: New Left Review, Nr. 100, 5–31
- Weissenbacher, Rudy (2015) Keine andere Welt, nur ein anders Europa: Die Lega Nord am rechten Weg. In: Kurswechsel, Nr. 3, 81–87